

Malta, Türkei, Zypern

HEINZ-JÜRGEN AXT

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Ländern des östlichen Mittelmeeres haben sich in gegenläufiger Tendenz entwickelt: Während Zypern die Vorbereitungen auf die Beitrittsverhandlungen weiter voranbringen konnte, ist das Verhältnis zwischen der Türkei und der EU seit dem Luxemburger Gipfel im Dezember 1997 vorerst einmal ernsthaft belastet. Malta schließlich hat nicht erkennen lassen, daß es die Beziehungen zur EU wieder intensivieren will, nachdem im Jahre 1996 die Verhandlungen über den Beitritt ausgesetzt worden waren.

Malta

Die christdemokratische Nationalpartei (PN) verstand sich auf Malta in ihrer Vergangenheit stets als Verfechter einer Annäherung an die Europäische Union. Diesen Kurs konnte sie bis zu den Parlamentswahlen vom 27. Oktober 1996 in der Außen- wie auch in der Innenpolitik umsetzen. Bei den Wahlen allerdings verlor sie ihre Mehrheit und mußte die Regierungsgeschäfte den Sozialdemokraten von der Malta Labour Party (MLP) übergeben, die gegenüber der Europäischen Union traditionell eine kritische Haltung eingenommen haben. Seit 1996 sind daher die Verhandlungen mit der EU über den Beitritt zunächst einmal ausgesetzt. Auch hat sich Malta aus der NATO-Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ zurückgezogen. Malta orientiert sich wieder stärker an einem neutralen Kurs in der Außenpolitik. Seit der Regierungsübernahme im Herbst 1996 hat die regierende Labour Party unter Ministerpräsident Alfred Sant keine Bewegung in der EU-Frage erkennen lassen. Daran haben die enge Handelsverflechtung mit der EU und die Tatsache, daß der Hauptanteil von Touristen aus EU-Ländern kommt, nichts ändern können. Malta bezieht ungefähr 70% seiner Importe von der EU und exportiert dorthin mehr als 50%. Bei der neunten Tagung des gemischten parlamentarischen Ausschusses EU/Malta hat der stellvertretende Premierminister und Außenminister Malts, George W. Vella, den EP-Abgeordneten eine gewisse Flexibilität signalisiert. Zwar solle das Beitritts-gesuch weiterhin eingefroren bleiben, doch hoffe man, daß der für das Frühjahr 1998 geplante Assoziationsrat eine „Phase intensiver Verhandlungen“ einleiten wird, in der ein Mandat für den Abschluß von Abkommen für die verschiedenen Kooperationsformen erteilt werde, und die zu der von Malta angestrebten engeren Beziehung zur Union führen soll. In diesem Zusammenhang wurde auch der Vorschlag Malts wiederholt, daß eine Freihandelszone mit der Europäischen Union errichtet werden soll. Beziehungen zur Europäischen Union sollen vertieft werden, allerdings nicht bis zur Mitgliedschaft. Malta kann sich eine Weiterentwicklung der politischen Zusammenarbeit ebenso vorstellen wie eine verstärkte Kooperation in den Bereichen Inneres und Justiz, die der Bekämpfung von illegaler Zuwanderung,

Terrorismus, Drogenhandel, Geldwäsche und anderen Formen des internationalen Verbrechens dienen soll.¹

Türkei

Die innenpolitische Entwicklung in der Türkei war davon geprägt, daß die Militärs den Druck auf die islamistische Regierung erhöhten und Regierungschef Erbakan schließlich zum Rücktritt zwangen. An seine Stelle trat eine Dreier-Koalition unter Führung von Mesut Yilmaz. Dieser konnte eine Minderheitsregierung zusammen mit der Partei der Demokratischen Linken (DSP) und der Demokratischen Türkei-Partei (DTP) etablieren. Am 30. Juni 1997 trat die neue Regierung zu ihrer ersten Kabinettsitzung zusammen.² Die Koalition erreichte lediglich 211 von 550 Parlamentssitzen. Bei der Vertrauensabstimmung im Parlament konnte die neue Regierung allerdings 281 Abgeordnete für sich gewinnen, was vor allem auf die Absetzbewegung aus Cillers Partei des Rechten Weges zurückzuführen war. Die innenpolitische Schwäche der neuen Regierung blieb allerdings als Hypothek für die Handlungsfähigkeit der neuen Regierung bestehen, was sich gerade auch im außenpolitischen Bereich zeigen sollte. Der vorläufig letzte Schritt der Militärs gegen die Islamisten bestand darin, daß am 21. Mai 1997 ein Verbotsantrag beim Appellationsgerichtshof in Ankara eingereicht wurde. Mit Datum vom 16. Januar 1998 wurde die Wohlfahrtspartei durch das türkische Verfassungsgericht verboten.

Außen- und sicherheitspolitisch zeichneten sich die Entwicklungen 1997 dadurch aus, daß die Türkei ihre Kooperation mit Israel vertiefte, und die USA der Türkei nachhaltig den Rücken stärkten. Gemeinsam mit den USA wurden auch Manöver mit Israel im östlichen Mittelmeer durchgeführt. Bei den arabischen Staaten stieß dies auf erhebliche Kritik. Die türkische Regierung wiederum rechtfertigte die Zusammenarbeit mit Israel damit, daß Israel ein Interesse habe, die Türkei als „sicheren Hafen“ für Übungsflüge ihrer Militärjets zu nutzen, während die Türkei Zugang zu israelischer Technologie gewinnen wolle.³ Aus der Sicht der USA hat sich die geostrategische Bedeutung der Türkei zwar nach dem Ende des Kalten Krieges geändert, doch ist sie unverändert groß.

Ende 1997 hatten sich die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU in eine diametral entgegengesetzte Richtung entwickelt. Enttäuscht über die Ergebnisse des Europäischen Rates von Luxemburg, suspendierte die türkische Regierung den Dialog mit der EU. Dabei hatte die sich seit Mitte 1997 im Amt befindliche Regierung Yilmaz Hoffnung auf eine realistische EU-Politik der Türkei gegeben. Wiederholt hatte Yilmaz verkündet, daß bis zu einem Beitritt der Türkei noch sehr viel Zeit vergehen müsse. Die von der EU oder einzelnen Mitgliedstaaten vorgetragenen Bedenken seien durchaus berechtigt. Drohungen, die NATO-Osterweiterung blockieren zu wollen, seien töricht. Dies hatte die frühere Außenministerin Ciller wiederholt angekündigt, falls die Türkei nicht mit einer konkreten Beitrittsperspektive zur EU versehen werde. Der neue Außenminister Ismael Cem prägte die Formel, daß die EU-Mitgliedschaft „ein Ziel, aber keine Obsession“ sei. Von herausra-

gender Bedeutung sei für die Türkei, daß sie als gleichberechtigter Kandidat für den EU-Beitritt neben den Staaten Mittel- und Osteuropas betrachtet werde.⁴

Stand für die Türkei die Gleichberechtigung und die Anwendung gleicher Kriterien im Vordergrund, so sah sie diese Prinzipien durch die EU im Laufe des Jahres 1997 immer weniger respektiert. Am 16. Juli 1997 legte die Europäische Kommission ihre „Agenda 2000“ vor.⁵ Darin wird die Türkei nicht den mittel- und osteuropäischen Ländern zugeordnet, mit denen ab Ende März 1998 die Beitrittsverhandlungen aufgenommen worden sind. Die Türkei wird vielmehr in einem eigenen Abschnitt behandelt. Daß die Türkei grundsätzlich zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union befähigt ist, wird bestätigt. Defizite auf der Seite der Türkei werden in der makro-ökonomischen Instabilität (Inflation, Defizit und Abwertung), in der politischen Situation (Menschenrechte, Bekämpfung des Terrorismus und Etablierung der Zivilgesellschaft) sowie in den Spannungen mit Griechenland gesehen. Die EU empfiehlt hier der Türkei, die Differenzen mit Griechenland „auch auf dem Wege über den internationalen Gerichtshof“ beizulegen. Defizite werden aber auch auf der Seite der Europäischen Union gesehen: Wegen der griechischen Blockade seien die Finanzüberweisungen der Union an die Türkei noch immer blockiert. Nach den Vorstellungen der Kommission sollte die Türkei so wie alle anderen Beitrittskandidaten an der Europakonferenz teilnehmen.⁶ Der Europäische Rat von Luxemburg am 12. und 13. Dezember 1997 führte schließlich zum Eklat mit der Türkei. Von türkischer Seite wurde kritisiert, daß das Land nicht in die Gruppe der übrigen zehn Bewerberländer aufgenommen, sondern als gesonderter Fall abgehandelt wurde, bei dem obendrein noch besondere Bedingungen im Verhältnis zu Griechenland und in der Zypern-Frage fixiert worden seien. In den Schlußfolgerungen wird festgehalten, daß die Türkei für einen Beitritt zur EU in Frage kommt. Obwohl die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht gegeben seien, sollte die Annäherung an die EU vorangetrieben werden. Die Zollunion sollte vertieft, die finanzielle Zusammenarbeit verstärkt und die Vorbereitungen auf die Übernahme des *acquis communautaire* intensiviert werden. Auch für die Türkei sollten die Kopenhagener Kriterien von 1993 zur Anwendung gelangen. In der Europa-Konferenz sollte die Türkei so wie die übrigen Beitrittsländer beteiligt sein. Zum Verhältnis mit Griechenland wurde festgestellt, daß die Beilegung von Streitigkeiten „insbesondere auf gerichtlichem Wege und hierbei vor allem über den internationalen Gerichtshof“ beschleunigt werden soll. Eine „politische Lösung der Zypern-Frage auf der Grundlage der einschlägigen Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“ solle auch von der Türkei unterstützt werden.⁷ In der Türkei trafen die Beschlüsse des Europäischen Rates auf scharfe Kritik. Die zugesicherte Gleichbehandlung sah man keineswegs gewährleistet. Für die Türkei war es nicht verständlich, daß Bewerberländer aus Mittel- und Osteuropa mit einer nur kurzen demokratischen und marktwirtschaftlichen Tradition bessere Beitrittsperspektiven zur EU erhalten sollten als die Türkei, die mit der Europäischen Union seit dem Ankara-Abkommen von 1963 verbunden ist. Als Konsequenz auf den Europäischen Rat kündigte die türkische Regierung an, künftig den politischen Dialog mit der EU zu suspendieren. Der Antrag auf einen EU-Beitritt wurde gleich-

wohl nicht zurückgezogen. Kritik am Europäischen Rat von Luxemburg kam indes nicht nur von türkischer Seite, auch der italienische Außenminister Lamberto Dini bemängelte, daß der Europäische Rat die Türkei hätte „besser in den Erweiterungsprozeß einbeziehen sollen“⁸. Italiens Außenminister gab die Schuld am türkisch-europäischen Zerwürfnis der luxemburgischen EU-Präsidentschaft, die von Griechenland und Deutschland dazu angehalten worden sei, die Türkei mit einer gesonderten Auflistung von Bedingungen für einen Beitritt zu konfrontieren.⁹ Ministerpräsident Yılmaz schließlich machte insbesondere den deutschen Bundeskanzler für das belastete Verhältnis zwischen der EU und der Türkei verantwortlich. Er verstieg sich dabei sogar zu der Äußerung, daß Deutschland mit der Osterweiterung erneut eine Strategie des „Lebensraums“ verfolge. Der türkische Ministerpräsident korrigierte diese Äußerung zwar zunächst, um sie danach aber erneut zu wiederholen.¹⁰

Zypern

Während die Türkei über den Europäischen Rat in Luxemburg tief enttäuscht war, zeigte sich die Republik Zypern äußerst zufrieden, war es doch gelungen, die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen auf den 30. März 1998 zu terminieren, ohne dazu besondere Bedingungen zu formulieren. Beim Treffen der EU-Außenminister in Edinburgh am 14. und 15. März 1998 hatte Frankreichs Außenminister noch versucht, die Beteiligung der türkischen Zyprer an den Beitrittsverhandlungen mit Zypern zur Voraussetzung zu machen. Damit sollte konkretisiert werden, was in den Schlußfolgerungen des Luxemburger Gipfels vom Dezember 1997 unter Punkt 28 formuliert worden war, daß nämlich der Europäische Rat die Regierung Zyperns ersucht, in die mit den Beitrittsverhandlungen beauftragte Delegation Vertreter der türkischen Volksgruppe aufzunehmen. Weil die griechische Regierung aber damit drohte, den Auftakt für die EU-Osterweiterung platzen zu lassen, nahmen die Außenminister in Edinburgh von den Forderungen Frankreichs Abstand. Die Außenminister wollten offensichtlich Zeit gewinnen, indem sie die Antwort auf die Frage zunächst einmal aufschoben, wie man Zypern behandeln wolle, wenn eine Lösung des Konfliktes nicht in Sicht sei. So ist die widersprüchliche Situation entstanden, daß auf der einen Seite zwar die Beitrittsverhandlungen ohne formale Vorbedingungen aufgenommen worden sind, daß auf der anderen Seite unter den EU-Ländern aber mehrheitlich die Meinung vertreten ist, daß ohne eine Lösung des Konfliktes zwischen griechischen und türkischen Zypriern das Land nicht in die EU aufgenommen werden könne. Von Außenminister Kinkel war in diesem Zusammenhang wiederholt zu vernehmen, daß Zypern bei einem Weiterbestehen des Konfliktes kein Mitglied der EU werden könne.¹¹

Die verhärteten Fronten zwischen der EU und der Türkei seit dem Luxemburger Gipfel hatten auch Konsequenzen in bezug auf die Beziehungen zu Zypern: Die Türkei weigerte sich, mit der EU über Zypern zu reden und drohte mit einer „Integration“ des türkisch-zyprischen Teiles in die Türkei, falls die Europäische Union Beitrittsverhandlungen mit Zypern aufnehmen werde. Mittlerweile ist man von tür-

kischer und türkisch-zyprischer Seite von dem Begriff der Integration allerdings abgerückt und spricht lediglich noch von vertieften Beziehungen. In der Agenda 2000 hatte die Europäische Union noch einmal verdeutlicht, daß sie sich nicht zum Vermittler in der Zypern-Frage berufen fühlt. Außerdem setzte man darauf, daß die politischen und wirtschaftlichen Vorteile eines EU-Beitrittes auch die türkischen Zyprer zur Beteiligung an den Beitrittsverhandlungen bewegen würden. Diese Hoffnung scheint sich allerdings nicht zu erfüllen, weil die türkischen Zyprer offensichtlich stärker an der Anerkennung der nationalen Eigenständigkeit als an ökonomischen Vorteilen der EU-Mitgliedschaft interessiert sind. Die von der EU immer wieder vorgebrachte Formel, daß die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Zypern gleichsam wie ein Katalysator zur Beilegung der Probleme zwischen griechischen und türkischen Zypern wirke, hat sich bis heute in keiner Weise erfüllt. Auch die Vermittlungsdiplomatie des amerikanischen Sondergesandten Richard Holbrooke konnte keine Annäherung der beiden Kontrahenten bewirken. Mittlerweile spricht man auf amerikanischer Seite sogar davon, die Vermittlungsbemühungen abzubrechen. Unter den Regierungen vieler EU-Staaten mehren sich die Vorbehalte gegen unkonditionierte Beitrittsverhandlungen mit Zypern nicht nur deshalb, weil keine Fortschritte auf dem Weg zur Lösung des Volksgruppenkonfliktes erkennbar sind, sondern auch deshalb, weil durch die Ankündigung der griechisch-zyprischen Regierung, in der Nähe von Paphos Luftabwehrraketen stationieren zu wollen, damit zu rechnen ist, daß sich der Inselkonflikt sogar noch verschärft. Im Präsidentschaftswahlkampf hat die Frage der Raketenstationierung und des Sicherheitspaktes mit Griechenland auch eine gewisse Rolle gespielt. Die exkommunistische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL) bemängelte die Verteidigungsdoktrin mit Griechenland, weil sie Athen und Ankara noch stärker in die Streitigkeiten auf Zypern hineinziehe. Amtsinhaber Glavkos Kleridis wurde von seinen Herausforderern kritisiert, daß er die geplante Raketenstationierung ungeschickt gegenüber dem Ausland vertreten habe. Dies änderte freilich nichts daran, daß Kleridis im zweiten Wahlgang am 15. Februar 1998 mit 50,8% der Stimmen über seinen Herausforderer Georgios Iacovou (49,2%) gesiegt hat und abermals zum Präsidenten der Republik Zypern ernannt worden ist.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Agence Europe v. 6.12.1997, S. 12 f.
- 2 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 1.7.1997, S. 1 und S. 2.
- 3 Vgl. FAZ v. 14.4.1997, S. 7 und v. 2.1.1998, S. 2.
- 4 Vgl. FAZ v. 30.9.1997, S. 16.
- 5 Europäische Kommission: Agenda 2000. Eine stärkere und erweiterte Union, in: Bulletin der Europäischen Union, Beilage 5 (1997).
- 6 In Deutschland, Dänemark und Griechenland wurde dies eher skeptisch gesehen.
- 7 Vgl. Europäischer Rat in Luxemburg, Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember 1997, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, Nr. 12, v. 16.2.1998.
- 8 Vgl. Dini, Lamberto: Mit der Behandlung der Türkei unzufrieden, in: FAZ v. 23.12.1997, S. 14.
- 9 Vgl. FAZ v. 18.12.1997, S. 14.
- 10 Vgl. FAZ v. 7.3.1998, S. 1 und v. 9.3.1998, S. 2.
- 11 Vgl. Die Welt v. 16.3.1998, S. 6.

Weiterführende Literatur

- Axl, Heinz-Jürgen: Zankapfel im Mittelmeer. Zypern vor dem EU-Beitritt, in: Internationale Politik 1 (1998), S. 23-28.
- Bahadır, Sefik Alp: Die Zollunion der Türkei mit der Europäischen Union – ein Schritt auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B11-12/97, S. 33-40.
- Fenech, Dominik: The 1996 Maltese Election. Swing of the Pendolon, in: Westeuropean Politics 2 (1997), S. 165-172.
- Hannay, David: Cyprus at the Crossroads, in: Studia Diplomatica 3 (1997), S. 33-41.
- Kramer, Heinz: The Cyprus Problem and European Security, in: Survival 3 (1997), S. 16-32.
- Sen, Faruk: Draußen vor der Tür? Die Türkei, Deutschland und Europa, in: Internationale Politik 1 (1998), S. 45-47.